

Christoph Saurenbach

# Russland und die USA – Strategische Partner auch nach dem Irakkrieg?

**Der Irakkrieg könnte zu einer Verkomplizierung der russisch-amerikanischen Beziehungen führen, da der Hauptpfeiler der neuen bilateralen Partnerschaft seit dem 11. September 2001, der gemeinsame Kampf gegen Terrorismus und Proliferation von Massenvernichtungswaffen, zu bröckeln droht. Präsident Putin wird die guten Beziehungen zu den USA zwar nicht wegen ökonomischer Interessen im Irak aufs Spiel setzen, gerät aber auf Grund eines wachsenden Antiamerikanismus in der Bevölkerung und im politischen Establishment unter innenpolitischen Druck. Der außenpolitische Spielraum des Kreml scheint schmaler zu werden, da Putin im Wahljahr nicht den Eindruck erwecken darf, als Juniorpartner der USA zu wenig für das eigene Land herauszuholen.**

## ■ Die russische Reaktion auf den Kriegsbeginn

Als „großen politischen Fehler“ bezeichnete Russlands Präsident Wladimir Putin den amerikanischen Angriff auf den Irak. Man dürfe nicht zulassen, „dass an die Stelle des internationalen Rechts das Faustrecht tritt, nach dem der Starke immer Recht hat und alles tun kann und bei der Wahl seiner Mittel keinen Beschränkungen mehr unterliegt“. Denn andernfalls sei eine Grundlage des internationalen Rechts, „die Unerschütterlichkeit staatlicher Souveränität“, zerstört. „Niemand, nicht ein Land der Welt kann sich dann noch sicher fühlen.“<sup>(1)</sup> Die Reaktion Putins kam in ihrer Schärfe für die meisten Beobachter unerwartet – man hatte damit gerechnet, dass der Kreml, nachdem der Krieg nicht vermieden werden konnte, alles daran setzen würde, die guten Beziehungen zu den USA und damit auch die eigenen Interessen in einem Nachkriegsirak nicht zu beschädigen. In den Tagen nach dem Kriegsausbruch kam es zu einem regelrechten rhetorischen Schlagabtausch zwischen Moskau und Washington. Zunächst weigerte sich der Kreml, amerikanischen Forderungen nach einer Ausweisung irakischer Diplomaten aus Russland zu entsprechen. Schließlich bezeichnete der Kremlchef durch seinen Pressesekretär amerikanische Anschuldigungen über angebliche Waffenlieferungen russischer Firmen an den Irak als „unbewiesene öffentliche Erklärungen, die zu einer Beschädigung der bilateralen Beziehungen führen können“<sup>(2)</sup>. Außenmi-

nister Iwanow sprach von „Propaganda“ und einem „Informationskrieg gegen unser Land“ – Ausdrücke, die an weniger rosige Zeiten der Beziehungen zu den USA erinnern.

Die scharfen Worte aus Moskau überraschen um so mehr, als sich Putin lange Zeit mit einer klaren Aussage zum Irakkonflikt zurückhielt, Anfang Februar während eines Besuchs in der Ukraine sogar noch andeutete, Russland würde eine gewaltsame Lösung des Irakkonflikts befürworten, sollte Saddam Hussein nicht bedingungslos mit den Waffeninspektoren zusammenarbeiten. In der Tat war die russische Außenpolitik in den Wochen vor dem 20. März widersprüchlich. Iwanow drohte zwar offen mit einem Veto im Sicherheitsrat, doch wurde die scheinbare Zurückhaltung Putins und der Washingtonbesuch des Chefs der Kremladministration Woloschin als Versuch gewertet, sich bis zuletzt alle Optionen offen zu halten, doch noch auf den amerikanischen Kurs einzuschwenken und dadurch die guten Beziehungen zu Washington zu erhalten und die eigenen Interessen im Irak zu wahren.

Ist nun die „Krise“ der letzten Märztage der Anfang vom Ende der russisch-amerikanischen Flitterwochen? Wie lässt sich Russlands Haltung in der Irakkrise erklären? Ist damit zu rechnen, dass die im Kontext der Irakkrise hervorgetretenen Gegensätze zu einer Schwächung des Bündnisses zwischen Moskau und Washington und damit der Koalition zur Bekämpfung des Terrorismus führen?

Eine Analyse der russischen Irakpolitik ist nur möglich, wenn man sich der Bedeutung der russischen Interessen im Irak einerseits und der Wichtigkeit enger Beziehungen zu den USA andererseits bewusst wird, ohne dabei „subsystemische Faktoren“, in erster Linie die gesellschaftliche Akzeptanz und den Einfluss der Innenpolitik auf die Politik des Kremls, aus den Augen zu verlieren.

## ■ Der Nahe Osten in Russlands Außenpolitik seit 1991

Das Verschwinden des ideologischen Gegensatzes zu den USA, das geringe ökonomische Potenzial der Russischen Föderation und die innenpolitischen Umwälzungen in Russland während der neunziger Jahre führten dazu, dass die russische Außenpolitik in ver-

1) Zitiert nach: Herbert Wehner, „Spiel mit verteilten Rollen – Russland gibt den Anwalt der Weltordnung“, in: FAZ, 21. März 2003.

2) Zitiert nach *The Moscow Times*, 24. März, S.2.

schiedenen Regionen der Welt bedeutend bescheidene Züge annehm als zu Zeiten des Sowjetimperiums. Der Nahe Osten stand daher nicht mehr im Mittelpunkt der russischen Außenpolitik und wurde zumindest vorübergehend nicht mehr als Region primären russischen Interesses wahrgenommen.

Abgesehen von der Teilnahme Jelzins an einem dem Kampf gegen den Terrorismus gewidmeten Gipfel in Sharm-el-Sheikh besuchte noch kein russisches Staatsoberhaupt den Nahen Osten. Noch im Jahre 1991 konnte die Sowjetunion als Ko-Sponsor der Madrider Konferenz dazu beitragen, einen Friedensprozess zwischen Israel und der PLO in Gang zu setzen – mittlerweile ist der Einfluss Russlands auf den Nahostkonflikt praktisch auf Null gesunken. Was die klassischen Verbündeten der Sowjetunion betrifft, so stellten sich diese Beziehungen eher als schwieriges Erbe denn als Mitgift für die Außenpolitik der Russischen Föderation heraus. Libyen, Syrien, der Irak und der Iran sind international weitgehend isoliert. Außerdem widerspricht die israelfeindliche Haltung dieser Staaten verstärkt den Interessen Russlands, das sich nicht zuletzt wegen der wachsenden russischsprachigen Minderheit in Israel um gute Beziehung zu dem jüdischen Staat bemüht.

Insbesondere der Irak reflektiert die Schwierigkeiten, mit denen sich die russische Nahostpolitik während der vergangenen zwölf Jahren konfrontiert sah. Im sogenannten ersten Golfkrieg war die UdSSR noch der größte direkte Waffenlieferant des Irak. Einen Rückschlag erfuhren die Beziehungen zum Irak durch den irakischen Angriff auf Kuwait: Moskau hatte so lange wie möglich für eine friedliche Verhandlungslösung plädiert, nachdem sich Bagdad aber nicht zu einem Rückzug bewegen ließ, trug es die Resolution 678 des UN-Sicherheitsrates und durch die Gewährung von Überflugrechten indirekt auch die gewaltsame Befreiung Kuwaits mit. Die anschließenden Aufstände der Kurden im Nord-Irak und der Schiiten im Süd-Irak wurden dagegen von russischer Seite mit äußerster Zurückhaltung betrachtet – oberstes Ziel blieb die territoriale Integrität des besiegten Landes. Die im Oktober 1991 vom UN-Sicherheitsrat beschlossene internationale Kontrolle der irakischen Rüstungsindustrie trug Moskau ebenso mit wie das in verschiedenen weiteren UN-Resolutionen

festgelegte Wirtschafts- und Handelsembargo. Insgesamt war der politische Einfluss Russlands auf die Entwicklung der Ereignisse in der Golfregion während der vergangenen Jahre äußerst niedrig. So konnte Moskau weder eine Aufhebung der Wirtschaftssanktionen erreichen noch die britisch-amerikanischen Bombenangriffe vom Dezember 1998 verhindern.

## ■ **Ökonomische Interessen Russlands im Irak**

Dabei ist der Irak zumindest ökonomisch für Russland weiterhin von Bedeutung. Obwohl die russische Industrie auf Grund des zweiten Golfkriegs und der anschließenden Wirtschaftssanktionen viele bedeutende Geschäfte nicht realisieren konnte, ist Russland der wichtigste Handelspartner des Irak – etwa 40 Prozent des irakischen Außenhandels werden mit russischen Firmen abgewickelt.<sup>3)</sup>

Russlands wirtschaftliche Interessen im Irak lassen sich in drei Bereiche gliedern: Interessen russischer Ölfirmen, irakische Auslandsschulden und Güterexporte im Rahmen des Öl-für-Nahrungsmittel-Programms der Vereinten Nationen.

Die Lieferung humanitärer Güter in den Irak im Rahmen des kurz vor Kriegsbeginn auf Eis gelegten Öl-für-Nahrungsmittel-Programms umfasste nach Angaben des russischen Außenministers Iwanow allein vergangenes Jahr mehr als eine Milliarde Dollar, wobei viele der abgeschlossenen Verträge langfristiger Natur sind. Neben der Ölindustrie profitiert dabei insbesondere der ansonsten auf dem Weltmarkt kaum konkurrenzfähige russische Maschinenbau von den Wirtschaftsbeziehungen zum Irak.

Das Vorhaben russischer Ölfirmen, im heutigen Irak eine ähnlich gewichtige Position einzunehmen wie die russische Rüstungsindustrie in den achtziger Jahren, manifestiert sich in einer Reihe von spektakulären Milliardeninvestitionen, wozu auch der im Januar von Saddam Hussein aufgekündigte Vertrag mit dem führenden russischen Ölunternehmen Lukoil zur Erschließung des West-Kurna-Ölfeldes zählt, dessen möglicher Erlös auf etwa 20 Milliarden Dollar geschätzt wird. Ein Regimewechsel im Irak würde die Realisierung der geplanten Geschäfte höchst unwahrscheinlich machen, haben doch irakische Oppositio-

3) Ausführlich zur Frage der ökonomischen Interessen Russlands im Irak vgl. Ognian Hishow, „Russlands Wirtschaft und die Irakkrise“, Stiftung für Wissenschaft und Politik, Berlin 2003.

nelle angekündigt, keine Geschäfte mit Staaten zu machen, die den Diktator unterstützt haben. Verluste haben daher auch russische Maschinenbauer zu befürchten – für Firmen wie Maschinoimport oder Sewerstal-Awto stellt der Irak einen gewinnbringenden Absatzmarkt dar. Schließlich erscheint auch eine baldige Bedienung der etwa acht Milliarden Dollar sowjetischer Altschulden durch eine neue irakische Regierung mehr als fraglich.

Schon am Tag nach dem Beginn der Kampfhandlungen meldete sich die russische Wirtschaft lautstark zu Wort. Die Firmen Tatneft und Maschinoimport beklagten, sie erwarteten durch den Krieg jeweils eine Milliarde Dollar Gewinneinbußen, und in der Tat ist die Zukunft der meisten Verträge russischer Firmen unklar. *Dabei sollte man aber nicht den Fehler begehen, die Interessen russischer Industrieunternehmen zu verabsolutieren und sie zum Hauptbestimmungsfaktor russischer Außenpolitik zu erklären.* In den letzten Monaten profitierte Russlands Wirtschaft durch das Anschwellen der Ölpreise sogar indirekt von der Irakkrise, was sich am deutlichen Anstieg des Moskauer Aktienindex, komfortablen Haushaltsüberschüssen und unerwartet hohen Währungsreserven der Zentralbank äußert. Dies zeigt aber auch, dass mehr noch als unter der befürchteten Ausgrenzung russischer Unternehmen aus der irakischen Nachkriegsökonomie und der Nichtbedienung der Schulden die russische Wirtschaft und der Staatshaushalt unter sinkenden Ölpreisen zu leiden hätten. Zwar betonen Experten, dass es einige Jahre dauern kann, bis der Irak wieder bedeutende Mengen von Rohöl exportieren wird, doch lässt sich ein rasches Absinken des Ölpreises im Falle eines schnellen Kriegsendes nicht ausschließen.

Da Russland mittlerweile 40 Prozent des Exportwertes durch die Ausfuhr von Rohöl realisiert, würde ein fallender Ölpreis das Wirtschaftswachstum spürbar bremsen. Doch die derzeit hohen Wachstumsraten (6,1 Prozent in den ersten beiden Monaten 2003) sind eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg von Putins Modernisierungskurs. Schließlich führt, wie Ognian N. Hishow von der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik vorrechnet, ein Absinken des Ölpreises um einen Dollar zu einem Budgetausfall von etwa einer Milliarde Dollar, da der Fiskus durch

einen Ölexportzoll einen bedeutenden Teil der Rente der Ölexporteure abschöpft.<sup>4)</sup>

Es wäre falsch, nun in den Chor derer einzustimmen, die im Öl das Hauptmotiv der amerikanischen Irakpolitik sehen und ein rapides Absinken des Ölpreises auf weit unter 20 Dollar pro Fass prognostizieren. Zum einen liegt ein zu niedriger Ölpreis keineswegs im Interesse der USA, da amerikanische Ölfirmen relativ teuer produzieren. Außerdem hängt die zukünftige Entwicklung des Ölpreises von einer Vielzahl von Unbekannten ab – von der Dauer des Krieges; davon, ob es gelingen wird, den Konflikt regional zu begrenzen; von der weiteren innenpolitischen Entwicklung in Saudi-Arabien, Venezuela, Nigeria etc.

### ■ Das russisch-amerikanische Bündnis

Es fällt auf, dass Russland trotz seiner Opposition gegen den Irakkrieg in den Wochen vor dem Krieg zu einem weit geringeren Maß Ziel rhetorischer Attacken amerikanischer Politiker war als etwa Frankreich und Deutschland. Dies ist in erster Linie auf zwei Gründe zurückzuführen: Stärker als seine deutschen und französischen Kollegen hat Putin stets betont, dass sein Widerstand gegen eine gewaltsame Lösung des Irakkonflikts die guten Beziehungen zu den USA nicht beeinträchtigt. Während seines Staatsbesuchs in Berlin nannte er Bush demonstrativ seinen engen Freund, und trotz gemeinsamer Stellungnahmen mit Schröder und Chirac blieb der Kreml ständig mit Tony Blair und Silvio Berlusconi in Kontakt. Der Hauptgrund für die fehlende Kritik aus Washington ist in der besonderen Qualität zu sehen, welche die russisch-amerikanischen Beziehungen in den letzten Jahren erreicht haben.

Die spürbare Verbesserung der Beziehungen zu Amerika zeichnete sich schon zu Beginn der Amtszeit Putins ab und bekam durch den 11. September 2001 einen besonderen Schub.<sup>5)</sup> *Putins innen- und außenpolitisches Ziel ist die Modernisierung Russlands – eine Modernisierung, die in erster Linie durch wirtschaftlichen Aufschwung im Innern erreicht werden soll und von einer pragmatischen, die nationalen Interessen Russlands betonenden Außenpolitik flankiert ist.* Die wichtigste Voraussetzung für eine prag-

4) Ebd.

5) Vgl. insb. Andrew Kuchins, „Summit with Substance: Creating Payoffs in an Unequal Partnership“, Carnegie Endowment Policy Brief, May 2002.

matische Außenpolitik ist eine realistische Einschätzung von Russlands Machtpotenzial und seiner Stellung in der Welt. Während man in der Jelzin-/Primakow-Ära noch die Illusion hegte, Russland stelle einen eigenen Einflusspol in der Weltpolitik dar, hat sich Putin damit abgefunden, dass Russland ökonomisch und militärisch allenfalls den Status einer Regionalmacht einfordern kann. Putin weiß, dass die angestrebte Integration Russlands in die Weltwirtschaft nur durch eine enge Anbindung an die USA und Europa erreicht werden kann. Seine prowestliche Außenpolitik ist daher kein taktischer Schachzug, sondern eine strategische Entscheidung, die schon vor dem 11. September 2001 getroffen wurde. Die Terroranschläge in den USA gaben Putin die Gelegenheit, durch eine offene Unterstützung des amerikanischen Kriegs gegen den Terrorismus die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten zu verbessern und dadurch gleichzeitig russischen Interessen zu dienen. So brachte Putin nicht nur als einer der ersten Staatsoberhäupter seine Solidarität mit den USA zum Ausdruck, sondern stellte Bush umgehend russische Geheimdienstinformationen zur Verfügung und ließ eine Stationierung amerikanischer Truppen in Zentralasien zu. Als die USA im Dezember 2001 ihren Rückzug aus dem ABM-Vertrag ankündigten und wenige Monate später amerikanische Offiziere in Georgien landeten, reagierte Putin gelassen und stellte die guten bilateralen Beziehungen nicht in Frage.

Dabei stellen Putins Zugeständnisse und der scheinbare Einflussverlust im Transkaukasus und in Zentralasien keineswegs einen Ausverkauf russischer Interessen dar, wie Teile des außenpolitischen Establishments, insbesondere der Armee, gerne behaupten. *Die Bekämpfung des islamischen Fundamentalismus ist ein vitales Interesse Russlands, das sich nicht nur an seiner Südgrenze, sondern auch auf seinem eigenen Staatsgebiet einer – wenn auch zu propagandistischen Zwecken manchmal übertriebenen – islamistischen Gefahr gegenüber sieht.* Der Sturz des fundamentalistischen Talibanregimes in Afghanistan, welches als einziger Staat die Unabhängigkeit Tschetscheniens anerkannt hatte, trug damit zur Verringerung dieser Gefahr bei. Auf Grund der eigenen militärischen Schwäche ist Russland auf amerikanische Unterstützung angewiesen, wenn es den wachsenden

Fundamentalismus in Zentralasien eindämmen will. Der aufreibende Krieg in Tschetschenien beweist, dass die sich in einem desolaten Zustand befindende russische Armee ohne Kooperation mit anderen Staaten dazu nicht in der Lage ist. Die neue russisch-amerikanische Partnerschaft beruht damit auf einer Interessenskongruenz, die insbesondere im Bereich des Kampfes gegen den Terrorismus und der Sorge um Proliferation von Massenvernichtungswaffen deutlich wird. So dient beispielsweise eine erhöhte Sicherung des enormen Arsenalts russischer Massenvernichtungswaffen den Sicherheitsinteressen beider Staaten.

Russland ist für die USA nicht nur ein wichtiger Partner in der Koalition zur Bekämpfung des Terrorismus, sondern auch als Stabilitätsfaktor in Asien und als Energielieferant von zentraler Bedeutung. Auf der anderen Seite weiß Putin, dass er seine vorrangigen außenpolitischen Ziele nur mit amerikanischer Unterstützung erreichen kann. Der angestrebte WTO-Beitritt, engere institutionelle Beziehungen zu NATO und EU sowie die Aufhebung des diskriminierenden Jackson-Vanick-Amendment (ein Relikt aus dem Kalten Krieg, das Handelsbeziehungen zu Russland mit der jüdischen Minderheit in Russland gewährten Rechten in Zusammenhang bringt) und dadurch eine Verbesserung der bilateralen Handelsbeziehungen sind nur einige Beispiele.

Damit sah und sieht sich der Kreml auf der Suche nach einer geeigneten Antwort auf die amerikanische Irakpolitik der schwierigen Herausforderung entgegen, für die eigenen, nicht unbedeutenden ökonomischen Interessen einzutreten, ohne die guten Beziehungen zu den Vereinigten Staaten aufs Spiel zu setzen.

### ■ Die Eliten, Amerika und der Krieg

Im Allgemeinen lässt sich feststellen, dass die außenpolitischen Eliten Russlands einschließlich der Akademiker am außenpolitischen Kurs des populären Präsidenten selten offene Kritik üben. Dennoch wäre es kurzichtig, von dieser Feststellung aus auf einen weitgehenden Konsens innerhalb der Eliten und davon ausgehend auf einen weiten Spielraum der Außenpolitik des Kreml zu schließen. Besonders im

Verteidigungsministeriums und unter hochrangigen Militärs ist man nicht glücklich über den angeblich zu hohen Preis, den Russland für die Partnerschaft mit den USA zahlen musste. In erster Linie ist die Stationierung amerikanischer Truppen in Zentralasien den Militärs ein Dorn im Auge. Nicht wenige hegen den Verdacht, dass die Militärbasen nicht ausschließlich im Zusammenhang mit dem Krieg gegen den Terrorismus stehen, sondern dauerhaft installiert bleiben und somit den Zweck haben, Russland seinen Einfluss in der Region streitig machen. In der Tat ist für die meisten Offiziere, die noch in Kategorien des Kalten Krieges denken, die Vorstellung einer langfristigen Stationierung amerikanischer Truppen in einer ehemaligen Sowjetrepublik albatraumartig – Putins Zustimmung dazu kommt für sie einem sicherheitspolitischen Selbstmord der ehemaligen Großmacht gleich.<sup>6)</sup> Es versteht sich von selbst, dass der amerikanische Angriff auf den Irak diese Teile der russischen Eliten in ihrer Überzeugung stärkt, die USA versuchten, ihre Machtstellung vom Nahen Osten bis nach Zentralasien auf Kosten Russlands auszubauen. Typisch sind daher die Ausführungen des Vizepräsidenten der Akademie für geopolitische Probleme, Marschall Leonid Iwaschows, der im Journal *Wlast* seine Vermutung zum Ausdruck bringt, die USA würden im Irakkrieg nicht nur mit konventionellen Waffen kämpfen. Iwaschow geht davon aus, dass die USA im Irak erstmals nach 1945 eine „monopole Bereitschaft“ demonstrieren würden, „Atomwaffen gegen jeden anzuwenden, der sich ihnen entgegenstellt, darunter paradoxerweise auch zum Zwecke der atomaren Abrüstung anderer Länder.“<sup>7)</sup>

Iwaschow steht dabei stellvertretend für einen nicht geringen Teil von außenpolitischen Experten nicht nur im Verteidigungsministerium und Geheimdienst, sondern auch an Universitäten, die Putins amerikafreundliche Außenpolitik mit Argwohn betrachten und von der Möglichkeit träumen, zusammen mit China und Indien einen Gegenpol zur amerikanischen Hegemonie herzustellen. Putins Kurs ist also keineswegs unangefochten. Es ist davon auszugehen, dass der Widerstand gegen seine Außenpolitik lauter wird, sollte der Präsident keine konkreten *payoffs* der Beziehungen zu den USA vorzeigen können. So schreibt Dmitrij Trenin, der stellvertretende

6) Vgl. Michael McFail, „U.S. Russian Relations: An Assessment“, Testimony before the U.S. House Committee on International Relations, 27. Februar 2002, [www.ceip.org/pubs](http://www.ceip.org/pubs).

7) *Wlast*, 24.03.2003, S.19 (eigene Übersetzung).

Direktor des Moskauer Carnegie-Zentrums, die Elite liege auf der Linie der alten Primakow-Politik, die Gesellschaft hänge an den überkommenen Stereotypen, die Bürokratie, auf die der Präsident bei der Durchsetzung seines Kurses angewiesen sei, bremse bei der Reform der Außen- und Sicherheitspolitik, das Verteidigungsministerium sei generell unreformierbar und das Außenministerium im letzten Jahrzehnt zur Stütze des „neosowjetischen Konservatismus“ geworden.<sup>8)</sup>

Schon die Formulierung der am 10. Januar 2000, also wenige Tage nach Jelzins Rücktritt durch Präsidentendekret verabschiedeten nationalen Sicherheitskonzeption (Konzeptzija Nazionalnoi Bezopaznosti) deutet auf einen gestiegenen Einfluss konservativer Kräfte im außen- und sicherheitspolitischen Establishment hin. So wird in dem Papier die „Verstärkung der russischen Großmachtstellung“ als Hauptinteresse russischer Außenpolitik betont, welches durch das Bestreben entwickelter westlicher Staaten bedroht sei, unter der Führung der USA die Schlüsselfragen der Weltpolitik unilateral zu lösen, und zwar unter Anwendung von Waffengewalt und unter Umgehung grundlegender Normen des Völkerrechts.

Natürlich spiegeln derartige Äußerungen nur die Haltung des einen Teils der außenpolitischen Eliten Russlands wider. Ein anderer Teil sieht Russlands Zukunft nicht in überkommenen Großmachtansprüchen, sondern in der Wiedergewinnung ökonomischer Stärke, für die freilich eine enge Partnerschaft mit den USA unabdingbar ist. Dabei gilt festzuhalten, dass der Irakkrieg für diesen Teil der Elite nur dann akzeptabel ist, wenn die USA die Beachtung russischer Wirtschaftsinteressen garantieren, was aber offensichtlich nicht geschehen ist.

### ■ Wachsender Antiamerikanismus in der Bevölkerung

Während in der ganzen Welt Millionen Menschen gegen den Irakkrieg protestieren, konnten sich in russischen Städten gerade mal ein paar hundert Menschen dazu aufrufen, ihre ablehnende Haltung gegenüber dem amerikanisch-britischen Angriff zum Ausdruck zu bringen. Selbst nach Kriegsbeginn fanden sich in Moskau nur eine Handvoll Kommunisten und Na-

8) Zit. nach: Falk Bomsdorf, „Russland: Rückkehr in die Weltarena. Aus russischen Fachzeitschriften und Wochenzeitungen des Jahres 2002“, SWP-Zeitschriften-schau, Februar 2002, S. 11.

tionaldemokraten zusammen, um vor der amerikanischen Botschaft der Kälte zu trotzen und gegen die amerikanisch-imperialistische Aggression zu demonstrieren. Dabei taugt das unangenehme Winterwetter genauso wenig zur Erklärung dieses Phänomens wie die absurde Behauptung mancher russischer „Experten“, die Antikriegsproteste in westlichen Städten seien allesamt von westlichen Industrieunternehmen organisiert worden, während die russische Ölindustrie längst Deals mit der irakischen Opposition über die Ausbeutung der Ölfelder nach dem Krieg abgeschlossen habe. Eher trifft wohl die Vermutung zu, dass Saddam Hussein anders als 1999 Slobodan Milosevic von der Bevölkerung nicht mehr als Verbündeter angesehen wird, ein Sturz des irakischen Diktators daher für weniger Unmut sorgen würde als der NATO-Angriff auf das slawische Bruderland auf dem Balkan. Dennoch darf man aus den lauen Antikriegsprotesten nicht den Schluss ziehen, die russische Bevölkerung stehe dem Krieg weitgehend indifferent gegenüber. Wie Umfragen<sup>9)</sup> zeigen, ist für knapp die Hälfte (49 Prozent) der russischen Bevölkerung der Irak ein befreundeter Staat. Vor einem Jahr war diese Zahl noch deutlich geringer, woraus hervorgeht, dass derartige Umfragewerte eher auf Mitgefühl mit einem Opfer „amerikanischer Aggression“ zurückzuführen ist als auf echte Sympathie zu Saddam Hussein. Diese Interpretation lässt sich auch dadurch untermauern, dass 59 Prozent der Befragten für Waffeninspektionen eintreten, während nur 20 Prozent der Meinung sind, man solle die Sanktionen aufheben und den Irak in Ruhe lassen. So kann nicht überraschen, dass sich wenige Tage nach Kriegsbeginn mehr als 80 Prozent der Befragten gegen den Krieg aussprechen.

Die meisten Russen hegen den Verdacht, dass es den USA im Irak nicht um Demokratisierung oder Terrorismusbekämpfung geht, sondern ökonomische und machtpolitische Ziele im Vordergrund stehen. So will die Bush-Regierung nach Einschätzung vieler Russen das irakische Erdöl in Besitz nehmen, Russland vom Markt verdrängen und dadurch die eigene Hegemonie auf Kosten Russlands ausbauen. Oft wird auch in den Medien die Frage gestellt, wer das nächste Opfer des amerikanischen Imperialismus wird, wobei Nordkorea, Iran und Saudi-Arabien als

9) Im Folgenden zitierte Umfragewerte beziehen sich auf Veröffentlichungen der anerkannten russischen Meinungsforschungsinstitute FOM und VTsIOM.

Kandidaten hoch gehandelt werden. Die Einschätzung, von den USA ginge eine größere Gefahr aus, als vom Irak,<sup>10)</sup> äußert sich nicht selten in diffusen Ängsten vor einem dritten Weltkrieg.

Antiamerikanische Ressentiments lassen sich nicht etwa nur unter Anhängern der Kommunisten und Schirinowskijs Liberaldemokraten ausmachen. In den letzten Monaten ist der Anteil derjenigen, die eine positiv Meinung von den USA haben, von 61 auf 29 Prozent gefallen.<sup>11)</sup> Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass trotz des spürbaren Antiamerikanismus sich ein Großteil der Bevölkerung damit abgefunden zu haben scheint, dass gute Beziehungen zu den USA unabdingbar sind. Anders lässt sich die hohe Zustimmungsrates zu Putins vorsichtig balancierender, in keiner Weise antiamerikanischer Politik in der Irakkrise kaum erklären. So befürworteten Mitte Februar 66 Prozent die Haltung des Kreml, nur 14 Prozent stehen ihr kritisch gegenüber. Es ist davon auszugehen, dass nach den relativ scharfen Reaktionen der russischen Führung auf den Kriegsbeginn die Zustimmung in der Bevölkerung zu Putins Politik noch steigen wird.

Antiamerikanische Ressentiments werden von russischen Medien zwar nicht gezielt geschürt, durch eine tendenziöse Berichterstattung aber zumindest verstärkt. So zeigten russische Fernsehsender in den Hauptnachrichten ausführliche Berichte von spielenden irakischen Kindern in Bagdad und von im Irak lebenden russischen Frauen, die sich zum Kuchenessen treffen, russische Volkslieder singen, mit keinem Wort den irakischen Diktator kritisieren und beteuern, auch im Falle eines amerikanischen Angriffs im Land auszuharren. Viele Medien haben eine ausgesprochen amerikakritische Haltung eingenommen. So begann die bekannte Moderatorin des Ersten Kanals, Swetlana Sorokina, ein Interview mit dem amerikanischen Botschafter in Moskau am ersten Morgen des Irakkriegs, indem sie auf Vershbow's „Good morning“ mit der rhetorischen Frage „Is this really a good morning?“ antwortete.<sup>12)</sup>

Besonders russische Printmedien versuchen nicht, ihre ablehnende Haltung zum Geschehen am Golf zu kaschieren. Einen Tag vor Kriegsbeginn veröffentlicht die Traditionszeitung *Izvestija* einen „Heiliger Krieg“ betitelten Artikel, geschmückt mit einem Zi-

10) Nach einer wenige Tage nach Kriegsbeginn veröffentlichten Umfrage des Instituts VTsIOM sehen 71 Prozent der Bevölkerung die USA als Bedrohung für den Frieden an, nur 45 Prozent den Irak, vgl. *The Moscow Times*, „Russians are opposed but few protest“, 21. März 2003, Seite 3.

11) Ebd.

12) Vgl. *The Russia Journal*, 21. März 2003, S.3.

13) *Izvestija*, 19. März 2003, S. 1.

14) *Argumenty i Fakty*,  
19. März 2003, S. 1.

15) Vgl. zum Beispiel *Profil*,  
24. März 2003, S.32.

16) *Moscow Times*, 19. März  
2003, S. 2 (eigene Übersetzung).

tat Hitlers: „Den Sieger fragt niemand, ob er die Wahrheit gesagt hat oder nicht“.<sup>13)</sup> Ähnlich aufreißerisch bringt die populäre Wochenzeitung *Argumenty i Fakty* am selben Tag ihre Meinung zum Ausdruck. Die Titelseite schmückt eine Fotomontage, in der Bush als Jagdbomber von zwei weiteren Bombern flankiert durch die Lüfte fliegt. Die Überschrift: „Bomboneschi Udarny Schturmowik“ (etwa: bomben tragender schlagender Jagdbomber), dessen Akronym den Namen des amerikanischen Präsidenten ergibt.<sup>14)</sup>

Für viele russische Zeitungen dienen die amerikanischen Anschuldigungen bezüglich russischer Waffenlieferungen an den Irak lediglich dazu, vom unbefriedigenden Kriegsverlauf der ersten Tage abzulenken und Russland die Schuld für amerikanisch-britische Verluste in die Schuhe zu schieben. Selbst wöchentlich erscheinende russische Zeitschriften wie *Profil*, *Wlast* oder *Expert* mit gehobenem intellektuellen Anspruch sehen eine Motivation der Bush-Regierung darin, eine neue Weltordnung zu errichten, ohne aber deren wahre Absicht, das irakische Öl, aus den Augen zu verlieren.<sup>15)</sup>

### ■ Die Haltung der Duma

Die Reaktion der russischen Staatsduma auf die Eskalation der Irakkrise war noch wortgewaltiger als die des Kreml. So drohte der Parlamentssprecher Gennadij Selesnyow mit der Nicht-Ratifizierung des im Mai 2002 abgeschlossenen Abrüstungsvertrages mit den USA, da diese nicht nur den Irak, sondern auch das Völkerrecht angriffen. Noch alarmierter klingt die Einschätzung des Vizevorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses, Sergej Schischkaryow: „Wir stehen am Rand des dritten Weltkriegs, und die Auswirkungen der beginnenden Militäration im Irak sind in großem Maße unvorhersehbar“.<sup>16)</sup>

Ein Blick auf die Haltung der wichtigsten im Parlament vertretenen Parteien zur Putin'schen Außenpolitik im Allgemeinen und zum Irakkrieg im Besonderen zeigt, dass der Kurs des Kreml in der Duma keine vorbehaltlose Unterstützung findet.

Die Kommunistische Partei, die in Putins Außenpolitik einen Ausverkauf der nationalen Interessen Russlands sieht, ist – wenig überraschend – die schärfste Kritikerin des Irakkriegs. Ein am Tag des

Beginns der Kampfhandlungen eingebrachter Resolutionsentwurf, der zur Aufhebung der UN-Sanktionen und zu einem Boykott amerikanischer Waren und Filme aufrief, fand unter der Mehrheit der Du-maabgeordneten jedoch keine Zustimmung.

Auch die Liberaldemokratische Partei (LDPR) nutzt den Krieg, um sich für die Dezemberwahlen in Stellung zu bringen. Im Februar sorgte ein Videoband für Aufsehen, auf dem zu sehen ist, wie der Parteivorsitzende Wladimir Schirinowskij während seines Besuchs in Bagdad in betrunkenem Zustand den amerikanischen Präsidenten mit üblen Schimpfwörtern belegt und ihn dazu auffordert, statt den Irak zusammen mit Russland Tiflis zu bombardieren.

Jedinaja Rossija, die sogenannte Partei der Macht, übt sich in einem Spagat zwischen vorbehaltloser Unterstützung der Politik des Kreml und populistischem Stimmenfang. Im Hinblick auf den Irakkrieg scheint die Partei eher zu letzterem zu tendieren und organisierte Demonstrationen vor der amerikanischen Botschaft.

Die Union der Rechten Kräfte (SPS), der enge Verbindungen zu Moskaus Oligarchen nachgesagt werden, unterstützt die proamerikanische Außenpolitik des Kreml vorwiegend aus ökonomischen Motiven. Der Parteivorsitzende Boris Nemzow ist insbesondere um die Interessen der russischen Wirtschaft im Irak besorgt und befürchtet, der Kreml könnte den Kampf gegen den Terrorismus und die Irakkrise zu einer Stärkung der Autokratie und Fortführung des Tschetschenienkrieges im Windschatten der Ereignisse im Nahen Osten nutzen.

Führende Politiker von Jabloko, der prowestlichsten unter den hier genannten Parteien, übten zwar Kritik an den amerikanischen Kriegsplänen, befürworteten aber militärischen Druck auf das irakische Regime, an denen sich auch Russland beteiligen sollte. Die Wichtigkeit der russisch-amerikanischen Beziehungen betonend sprach sich der Vorsitzende von Jabloko, Grigorij Jawlinskij, für einen „Kalten Krieg“ gegen Staaten aus, die durch ihr Streben nach Massenvernichtungswaffen den Frieden gefährdeten.<sup>17)</sup> Interessant ist dabei Jawlinskij's Definition der nationalen Interessen Russlands. Während einer Diskussionsrunde mit Studenten am Moskauer Staatlichen Institut für Internationale Beziehungen

17) Vgl. Jawlinskij, „Russia should join a cold war on Iraq“, *The Financial Times*, 7. März 2002.

(MGIMO), der Kadenschmiede des Außenministeriums, bezeichnete er russische Sicherheitsinteressen, in erster Linie Stabilität an der russischen Südgrenze, die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und die Koalition gegen den Terrorismus als prioritär und stellte ökonomische Interessen hintan.

### ■ Eine Brücke über den Atlantik?

Der ehemalige russische Botschafter in den USA, der stellvertretende Vorsitzende der Staatsduma und Mitbegründer von Jabloko, Wladimir Lukin, äußerte in einem Ende 2002 veröffentlichten Artikel die Hoffnung, Russland könne auf den sich anbahnenden Konflikt innerhalb der atlantischen Zivilisation Einfluss ausüben, die Rolle eines „inneratlantischen Integrators“ übernehmen und eine Brücke zwischen Europa und Amerika errichten. Russland sei in geschichtlich-kultureller Hinsicht ein europäisches Land, pflege aber auf Grund verschiedener Umstände besondere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten. Dabei geht es Lukin nicht darum, in alter Sowjetmanier zu versuchen, Europäer und Amerikaner gegeneinander auszuspielen, sondern „mit dem Bonus besonderer Beziehungen zu den USA nach Europa zurückzukehren“.<sup>18)</sup>

18) Zitiert nach: Falk Bomsdorf, „Russland: Rückkehr in die Weltarena. Aus russischen Fachzeitschriften und Wochenzeitungen des Jahres 2002“, SWP-Zeitschriften-schau, Februar 2002, S. 4.

Das Lukin'sche Gedankenkonstrukt von der Brücke zwischen Europa und Amerika greift der deutsche Außenpolitikexperte Alexander Rahr in einem Anfang März in der *Nesavizimaja Gaseta* erschienenen Artikel indirekt auf. Durch geschickte Diplomatie haben sich für Russland Türen nach Europa, Asien und zu den USA geöffnet. Russland sei der Gewinner der Februarkrise, da im Vorfeld des Krieges die Beziehungen zu Europa gestärkt wurden und die zu den USA sich nicht verschlechterten.

### ■ Risse im Bündnis

Doch wird Russland die Rolle eines Integrators zwischen Europa und Amerika nicht erfüllen können, da dies einerseits eine fundamentale Neubestimmung der EU-Russland-Beziehungen hin zu einer strategischen Partnerschaft, andererseits ein intaktes russisch-amerikanisches Bündnis im Kampf gegen den Terrorismus erfordern würde. Beides ist derzeit unrealistisch.

Trotz der scheinbar gemeinsamen Position Frankreichs, Deutschlands und Russlands kann eine „Achse Paris-Berlin-Moskau“ nur von kurzer Dauer sein. Um kongruente Interessen in strategischen Fragen zu einer Weiterentwicklung der noch kaum entwickelten europäisch-russischen Partnerschaft im Bereich Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu nutzen, müsste zunächst die innereuropäische Spaltung und die tiefe Krise der GASP überwunden werden. Zudem wird sich eine engere Kooperation im Rahmen der ESVP schwierig gestalten, solange für Russland die Kampf-gegen-den-Terrorismus-Rhetorik zur Rechtfertigung des blutigen Tschetschenienkrieges dient und sich der beklagenswerte Zustand der russischen Armee nicht verbessert.

Von einem intakten russisch-amerikanischen Bündnis gegen den Terror kann keine Rede mehr sein. Die unterschiedlichen Positionen der Bündnispartner im Vorfeld des Krieges und die anschließende schwere diplomatische Krise zeigen, dass die *Interessensgegensätze zwischen Russland und Amerika im Kampf gegen der Terrorismus fundamentaler Natur sind*. Bisher wurde das Bündnis durch einen gemeinsamen Feind, den religiös motivierten internationalen Terrorismus, zusammengehalten. In den letzten Monaten wurde aber deutlich, dass die USA die Hauptgefahr in einer eventuellen Verbindung zwischen nach Massenvernichtungswaffen strebenden Schurkenstaaten und Terroristen sehen, für Russland hingegen von der „Achse des Bösen“ keine Gefahr ausgeht.

Ein Sturz des säkularen Saddam Hussein-Regimes schadet nicht nur den ökonomischen, sondern insbesondere auch den geopolitischen Interessen Russlands. Die größte Gefährdung der Sicherheitsinteressen Russlands besteht in einer Destabilisierung der islamischen Welt, in erster Linie des Nahen Ostens, des Kaukasus und Zentralasiens. Der Kampf gilt daher nicht den Schurkenstaaten, zu denen Moskau mehr oder weniger enge Beziehungen unterhält, sondern dem Islamismus. Außerdem ist für Moskau der Kampf gegen den Terrorismus notwendigerweise ein multilateraler, wobei die Rolle der Vereinten Nationen nicht geschwächt, sondern im Gegenteil aufgewertet werden muss.

Die strategische Allianz ist nicht zuletzt deshalb instabil, weil sie nicht durch einen spürbaren Ausbau

der Wirtschaftsbeziehungen unterfüttert wurde. Vielmehr zeigen regelrechte Handelskriege um russische Stahl- und amerikanische Geflügelexporte sowie das weiterhin bestehende Jackson-Vanick-Amendment, dass Fortschritte in den bilateralen Handelsbeziehungen noch in weiter Ferne liegen.

Zwar wäre es verfrüht, das Ende der Koalition gegen den Terrorismus auszurufen, da eine Kooperation in diesem Bereich im Interessen aller Staaten liegt – doch wird es schwierig, die durch den Irakkonflikt an die Oberfläche getretenen Interessensgegensätze zu überwinden.

### ■ Putins außenpolitischer Spielraum wird enger

Die scharfe Wortwahl Putins ist in erster Linie auf die Gefährdung der geopolitischen Interessen Russlands durch die amerikanische Irakpolitik zurückzuführen. Allerdings spielen auch innenpolitische Gründe eine gewichtige Rolle. Putins Beliebtheit ist zwar durch die Irakkrise weiter gewachsen und seine Wiederwahl im März 2004 gilt als ungefährdet. Doch eine kommunistisch dominierte Duma könnte ihm seine zweite Amtsperiode unbequem machen, und gerade die Kommunisten, die schon Anfang 2003 in Umfragen deutlich vor Jedinaja Rossija lagen, profitieren am stärksten vom wachsenden Antiamerikanismus in der russischen Gesellschaft.

*Putins Handlungsspielraum wird schmaler, da er die wichtigen Beziehungen zu den USA nicht gefährden darf, ohne aber den Eindruck zu großer Nachgiebigkeit entstehen zu lassen, die ihm als Schwäche ausgelegt werden könnte.* Sollten die USA weiterhin unilateral ihre Interessen verfolgen und den Eindruck erwecken, russische Interessen nicht ernst zu nehmen, so wird sich der notwendige Balanceakt zunehmend schwierig gestalten.